

Infoparlement

NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ WINTERSESSION 2015

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) freut sich, Ihnen mit diesem Schreiben eine Übersicht der europapolitischen Vorlagen der Wintersession des National- und Ständerats zu überreichen. Während dieser Session wird eine Vielzahl wichtiger aussenpolitischer Entscheide zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union getroffen.



Sehr geehrte Parlamentarierinnen,

sehr geehrte Parlamentarier,

die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) freut sich, Ihnen mit diesem Schreiben eine Übersicht der europapolitischen Vorlagen der Wintersession des National- und Ständerats zu überreichen.

Während dieser Session wird eine Vielzahl wichtiger aussenpolitischer Entscheide zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union getroffen. Gerne informieren wir Sie in den nächsten Wochen zu einzelnen Vorhaben und stehen Ihnen als kompetente Ansprechpartner zu Fragen der Europapolitik zur Verfügung.

Für uns sind in dieser Session drei Bereiche entscheidend:

- **Die Personenfreizügigkeit muss erhalten bleiben**

Schon vor dem 9. Februar 2014 sind die Beziehungen zur Europäischen Union, dem wichtigsten Handels- und Bildungspartner der Schweiz, in entscheidenden Dossiers nicht weiterentwickelt worden. Seit der Volksabstimmung und der näher rückenden Frist zur Umsetzung steuert die Schweiz auf einen aussenpolitischen Abgrund zu, der den Wirtschaft-, Bildungs-, und Unternehmensstandort Schweiz in erheblichen Masse schädigen wird. Die Personenfreizügigkeit ist und bleibt ein Grundpfeiler der Kooperation und ist aus unserer Sicht weder verhandelbar noch durch Kontingente ersetzbar.

Das bedeutet konkret, dass bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) eine Schutzklausel für Bürgerinnen und Bürger aus den 28 Mitgliedstaaten der EU (inklusive Kroatien) und den Bürgerinnen und Bürgern der EFTA-Staaten eingefügt werden sollte. Bei einer strikten Umsetzung der MEI verlangen wir einen Zusatzartikel im Bundesverfassungartikel 121a BV, der die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz regelt.

- **Die Wahlen vom 18. Oktober 2015**

Mit den Wahlen vom vergangenen Oktober wurden die Weichen für die nächsten vier Jahre in der Schweiz gestellt. Die Gespräche mit der Europäischen Union werden schwieriger. Dem neuen Parlament obliegt es nun, über die Umsetzung der MEI zu entscheiden. Eine strikte Umsetzung der MEI ist nun möglicher denn je. Sollte sich das Parlament zu einer strikten Umsetzung entschliessen, bedeutet dies die

Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens und damit die Annullierung des gesamten Pakets der Bilateralen I.

Darüber hinaus sucht die Frage nach dem Rahmenabkommen weiterhin eine adäquate Antwort. Anfang November bekräftigte der Präsident des Europäischen Gerichtshof (EuGH), Koen Lenaerts, ein weiteres Mal die letztinstanzliche und unveränderbare Position des EuGH, wonach der supranationale Gerichtshof nicht als unverbindliche Gutachterinstanz gesehen werden kann. Das bedeutet eine klare Absage an die bisherigen Gedankenspiele des Bundesrates und erfordert eine grundlegend neue Diskussion. Die Schweizerische Aussenpolitik sollte zur Realpolitik übergehen, anstatt weiterhin kostbare Zeit in Scheindebatten zu verlieren.

- **EU-Binnenmigration und Migration aufgrund von Flucht und Vertreibung**

Ein besonderes Thema dieser Session wird sicherlich auch die Einwanderung sein. Die Nebs warnt davor, zwei grundlegend verschiedene Dinge miteinander zu vermischen.

Deshalb seien an dieser Stelle die Definitionen zur EU-Binnenmigration und zur Migration von Flüchtlingen erwähnt.

Unter **EU-Binnenmigration** ist die Zu- bzw. Abwanderung von Bürgerinnen und Bürgern der 28 EU-Mitgliedstaaten zu verstehen. Grundlage für diese Migrationsbewegungen sind die geschlossenen Verträge zwischen der Schweiz und der EU (Personenfreizügigkeit im Rahmen der Bilateralen I). Diese Migrationspolitik sieht bereits heute vor, dass sich ein EU-Bürger in der Schweiz nur dann niederlassen darf, wenn er nach spätestens drei Monaten einen Arbeitsplatz nachweisen kann. Dies schliesst in der Regel auch den Nachzug der Familienangehörigen ein.

Findet **Migration aufgrund von Flucht und Vertreibung** statt, regelt das schweizerische Bundesgesetz den Status der Migrantin oder des Migranten im Asylgesetz. Wir erleben in Europa derzeit einen ausserordentlichen Zustrom von Menschen, die ihren Wohnort im Nahen Osten aufgrund von Krieg oder in Afrika aufgrund von Klimaveränderungen und politischen Wirren verlassen mussten. Die Schweiz muss ihren Beitrag dazu leisten, diese humanitäre Krise zu lösen. Aus unserer Sicht gelingt dies nur durch eine gemeinsame europäische Antwort. Die Schweiz ist Mitglied der Schengen/Dublin-Zone und kann sich allein schon aus den daraus entstehenden Verbindlichkeiten und Verantwortungen der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung nicht entziehen.

KALENDER

NR: behandelt vom Nationalrat; SR: behandelt vom Ständerat; Hauptobjekte **mit fettem Text** gekennzeichnet.

02/12/2015, 08h15-11h45	SR	Geschäft des Bundesrates: « <u>Amtshilfe in Steuersachen. Übereinkommen des Europarates und der OECD.</u> » (15.047).
	SR	Geschäft des Bundesrates: « <u>Internationaler automatischer Informationsaustausch im Steuerbereich. Bundesgesetz</u> » (15.046).
	SR	Motion Graber: « <u>Steuerverhandlungen mit dem Ausland. Die Abgeltungssteuer auf Erträgen aus in der Schweiz angelegtem ausländischem Kapital ist zu priorisieren</u> » (10.3074).
	NR	Parlamentarische Initiative (Fraktion BD): « <u>Das Verhältnis zu Europa klären und verankern</u> » (14.446).
	NR	Parlamentarische Initiative (Fraktion CVP-EVP): « <u>Das Verhältnis zu Europa klären und verankern</u> » (14.447).
07/12/2015, 14h30-21h45	NR	Geschäft des Bundesrates: « <u>Amtshilfe in Steuersachen. Übereinkommen des Europarates und der OECD. Genehmigung</u> » (15.047)
	NR	Geschäft des Bundesrates: « <u>Internationaler automatischer Informationsaustausch im Steuerbereich. Bundesgesetz</u> » (15.046).
	SR	Geschäft des Bundesrates: « <u>40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz. Erfahrungen und Perspektiven. Bericht des Bundesrates (Po. Stöckli 13.4187)</u> » (15.055).

	SR	Motion Kuprecht: « <u>Systematische Grenzkontrollen sofort einführen</u> » (15.3841).
	SR	Interpellation Minder: « <u>Permanenter EU-Verteilschlüssel der Flüchtlinge. Reaktion der Schweiz und Vereinbarkeit mit der Masseneinwanderungs-Initiative</u> » (15.3915).
	SR	Motion Diener Lenz: « <u>Flüchtlingsschwelle. Strategie des Bundesrates</u> » (15.3865).
10/12/2015, 08h00-13h00	NR	Motion SVP: « <u>Systematische Grenzkontrollen sofort einführen</u> » (15.3842).
	NR	Motion (Grüne Fraktion): « <u>Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Rasch und massiv konkret vor Ort helfen und Türen in der Festung Europa schaffen</u> » (15.3484).
	NR	Motion (Grünliberale Fraktion): « <u>Flüchtlingsschwelle. Strategie des Bundesrates</u> » (15.3863).
	NR	Postulat der Sozialdemokratischen Fraktion: « <u>Wirtschaftliche Vorteile dank Schengen-Partnerschaft</u> » (15.3896).
	SR	Geschäft des Bundesrates: « <u>Forschungsinfrastrukturanlage European XFEL. Fortsetzung der Beteiligung</u> » (15.045).
14/12/2015, 14h30-open end	NR	Geschäft des Bundesrates: « <u>Europäisches Auslieferungsübereinkommen. Genehmigung des dritten und vierten Zusatzprotokolls</u> » (15.038).
	SR	Geschäft des Bundesrates: « <u>Amtshilfe in Steuersachen. Übereinkommen des Europarates und der OECD. Genehmigung</u> » (15.047).
	SR	Geschäft des Bundesrates: « <u>Internationaler automatischer Informationsaustausch im Steuerbereich. Bundesgesetz</u> » (15.046).

	SR	Geschäft des Bundesrates: « <u>Unternehmenssteuerreformgesetz III</u> » (15.049).
15/12/2015, 08h15- 13h00	SR	Motion Lustenberger: « <u>Für eine stärkere Berücksichtigung der nationalen Rechtsordnungen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte</u> » (15.3335).
16/12/2015, 08h00- 13h00	SR	Standesinitiative (BS): « <u>Aufstockung des Grenzwachtkorps</u> » (15.311).
17/12/2015, 08h00-11h00	NR	Standesinitiative (VD): « <u>Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich. Verhandlungsabbruch</u> » (12.300).

WICHTIGE GESCHÄFTE

NATIONALRAT

Donnerstag 10. Dezember 2015, 08:00-13:00

Postulat der Sozialdemokratischen Fraktion: «Wirtschaftliche Vorteile dank Schengen-Partnerschaft» (15.3896).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text : « Der Bundesrat wird eingeladen, in einem Bericht die wirtschaftlichen Auswirkungen der Assoziierung an Schengen aufzuzeigen, namentlich mit Blick auf den Tourismus und die Vereinfachung von Verwaltungsabläufen. »

Kommentar: Die Immigration war für Europa immer von Vorteil, auch wenn derzeit verschiedene Herausforderungen anstehen. Diese Herausforderungen können allerdings nicht wie üblich gemeistert werden. Aus diesem Grund unterstützt die Nebs die Schengener Abkommen, welche die internationale Zusammenarbeit stärken. Die Abkommen garantieren ferner auch die Bewegungsfreiheit aller Europäerinnen und Europäer, welche sich dadurch immer mehr mit dem Gemeinschaftsprojekt Europa identifizieren können. Die Nebs befürwortet daher das Postulat der sozialdemokratischen Fraktion zur Ausarbeitung eines Berichtes zu Schengen. In diesem Bericht müssen die wirtschaftlichen Vorteile (Tourismus, Arbeitsmarkt, Wissenschaft, Bildung etc.) klar aufgezeigt werden.

Motion (Grünliberale Fraktion): «Flüchtlingswelle. Strategie des Bundesrates» (15.3863).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text : « Europa sieht sich mit einer Flüchtlingswelle von ungeahntem Ausmass konfrontiert. Ein grosser Anteil der Flüchtlinge strebt momentan Deutschland an und die Schweiz ist nicht primäres Zielland. Die Asylzahlen sind in der Schweiz trotz der hohen Zahl von Flüchtlingen in Europa stabil. Mit der Revision

des Asylgesetzes und damit der Beschleunigung der Verfahren wurden wesentliche langfristige Massnahmen ergriffen und gleichzeitig die humanitäre Tradition der Schweiz respektiert. In der aktuellen Situation können jedoch auch die Flüchtlingszahlen in der Schweiz rasch ansteigen. Es ist deshalb zentral, dass die Schweiz auf diese Situation vorbereitet und die Bevölkerung darüber informiert ist. Die Grünliberale Fraktion fordert deshalb vom Bundesrat folgende Massnahmen... » [den ganzen Text lesen. \(Link fehlt\)](#)

Kommentar: Die Nebs ist der Meinung, dass die Schweiz zur Lösung der Flüchtlingskrise noch aktiver beitragen und ihre Zusammenarbeit mit der EU weiter ausbauen muss. Isolationistisches Verhalten gegenüber unseren Nachbarstaaten darf nicht akzeptiert werden und entspricht nicht den humanitären Werten, welche die Schweiz seit langer Zeit auszeichnen. Die Nebs unterstützt daher die Motion der Grünliberalen Fraktion.

Motion (Grüne Fraktion): [«Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Rasch und massiv konkret vor Ort helfen und Türen in der Festung Europa schaffen» \(15.3484\).](#)

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: „Die Schweiz kann sowohl alleine als auch in Zusammenarbeit mit den Dublin-Staaten wesentlich zur Linderung dieser Katastrophe beitragen...“ [den ganzen Text lesen.](#)

Kommentar: Die Nebs stellt klar, dass die humanitäre Katastrophe, welche sich derzeit im Mittelmeerraum abspielt, ganz Europa und nicht nur die Mittelmeerstaaten betrifft. Die Schweiz muss die Zusammenarbeit mit den Staaten, welche das Dublin-Abkommen unterzeichnet haben, weiter ausbauen und aktiv an der Aufnahme von Flüchtlingen mitwirken. Es ist klar, dass die Schweiz als Drittstaat keinerlei Befugnisse auf die europäische Aussenpolitik hat. Als Mitglied von Schengen-Dublin kann sie sich aber an der Lösungssuche nicht nur für das europäische Festland, sondern auch für die Herkunftsstaaten der Flüchtlinge beteiligen. Die Nebs unterstützt die Motion der Grünen Fraktion.

Motion SVP: «Systematische Grenzkontrollen sofort einführen» (15.3842).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: “Der Bundesrat wird beauftragt, die Sicherung der Schweizer Grenzen über systematische Kontrollen zur Verhinderung von illegalen Grenzübertritten zu gewährleisten. Das Grenzwachtkorps kann bei der Sicherung der Grenze durch die Armee in Form eines entsprechenden Assistenzdienstes unterstützt werden.“

Kommentar: Nach den Attentaten vom 13. November 2015 in Paris wird wieder lauter nach Grenzkontrollen gerufen. Es bleibt aber entscheidend, dass die Staaten aus dem Schengen-Raum diesen Ruf nicht nachgeben und den verhandelten Prinzipien und Werten treu bleiben. Weiter könnte die Schweiz zwar theoretisch die Grenzen schliessen, es fehlen ihr aber praktisch die nötigen Ressourcen dazu. In diesem Zusammenhang hat die Schweizer Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga noch einmal betont, dass die Kontrolle von 750'000 Personen, die täglich in die Schweiz einreisen, schlicht nicht möglich sei und auch vor Schengen nicht möglich gewesen sei. Die Nebs verteidigt die Personenfreizügigkeit und ist der Ansicht, dass diese Motion die Personenfreizügigkeit direkt gefährdet. Diese Motion wird daher von der Nebs klar abgelehnt.

STÄNDERAT

Montag 7. Dezember 2015, 14h30-21h45

Motion Diener Lenz: «Flüchtlingswelle. Strategie des Bundesrates» (15.3865).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Den ganzen eingereichten Text lesen [hier](#).

Kommentar: Die Nebs ist der Meinung, dass die Schweiz zur Lösung der Flüchtlingskrise noch aktiver beitragen und ihre Zusammenarbeit mit der EU weiter ausbauen muss. Isolationistisches Verhalten gegenüber unseren Nachbarstaaten darf nicht akzeptiert werden und entspricht nicht den humanitären Werten, welche die Schweiz seit langer Zeit auszeichnen. Die Nebs unterstützt daher die Motion der Grünliberalen Fraktion.

Motion Kuprecht: „Systematische Grenzkontrollen sofort einführen“ (15.3841).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: „Der Bundesrat wird beauftragt, die Sicherung der Schweizer Grenzen über systematische Kontrollen zur Verhinderung von illegalen Grenzübertritten zu gewährleisten. Das Grenzwachtkorps kann bei der Sicherung der Grenze durch die Armee in Form eines entsprechenden Assistenzdienstes unterstützt werden.“

Kommentar: Nach den Attentaten vom 13. November 2015 in Paris wird wieder lauter nach Grenzkontrollen gerufen. Es bleibt aber entscheidend, dass die Staaten aus dem Schengen-Raum diesen Rufen nicht nachgeben und den verhandelten Prinzipien und Werten treu bleiben. Weiter könnte die Schweiz zwar theoretisch die Grenzen schliessen, es fehlen ihr aber praktisch die nötigen Ressourcen dazu. In diesem Zusammenhang hat die Schweizer Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga noch einmal betont, dass die Kontrolle von 750'000 Personen, die täglich in die Schweiz einreisen schlicht nicht möglich sei und auch vor Schengen nicht möglich gewesen sei. Die Nebs verteidigt die Personenfreizügigkeit und ist der Ansicht, dass diese Motion die Personenfreizügigkeit direkt gefährdet. Diese Motion wird daher von der Nebs klar abgelehnt.

ANDERE GESCHÄFTE

NATIONALRAT

Mittwoch, 2. Dezember 2015, 08:00-11:45

Parlamentarische Initiative (Fraktion BD): «Das Verhältnis zu Europa klären und verankern» (14.446).

Und

Parlamentarische Initiative (Fraktion CVP-EVP): «Das Verhältnis zu Europa klären und verankern» (14.447).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: «Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reichen wir folgende parlamentarische Initiative ein:

Die Bundesverfassung wird dahingehend geändert, dass die Schweiz ihre vertragliche Zusammenarbeit mit der Europäischen Union weiterführen und auch in Zukunft enge Beziehungen mit der Europäischen Union unterhalten kann.

Dabei sollen Beschlüsse, welche die Zusammenarbeit wesentlich verändern oder erweitern, dem fakultativen Referendum unterstehen.»

Die Aussenpolitische Kommission hat beschlossen, den beiden Initiativen keine Folge zu geben .

Montag, 7. Dezember 2015, 14:30-21:45

Geschäft des Bundesrates: «Amtshilfe in Steuersachen. Übereinkommen des Europarates und der OECD. Genehmigung» (15.047)

Stand der Beratungen: behandelt vom Nationalrat.

Eingereichter Text: «Botschaft vom 5. Juni 2015 zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen und zu seiner Umsetzung (Änderung des Steueramtshilfegesetzes).»

Geschäft des Bundesrates: «Internationaler automatischer Informationsaustausch im Steuerbereich. Bundesgesetz» (15.046).

Stand der Beratungen: behandelt vom Nationalrat.

Hier sehen Sie die Botschaft vom 5. Juni 2015 zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und zu ihrer Umsetzung (Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen).

Montag, 14. Dezember 2015, 14 :30 - open end

Geschäft des Bundesrates: «Europäisches Auslieferungsübereinkommen. Genehmigung des dritten und vierten Zusatzprotokolls» (15.038).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Drittes Zusatzprotokoll.

Viertes Zusatzprotokoll.

Donnerstag 17. Dezember 2015, 08:00-11:00

Standesinitiative (VD): «Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich. Verhandlungsabbruch» (12.300).

Stand der Beratungen: von beiden Räten behandelt.

Eingereichter Text: «Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung reicht der Kanton Waadt folgende Standesinitiative ein:

Die Bundesversammlung wird aufgefordert, vom Bundesrat den sofortigen Abbruch der Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich zu verlangen.»

STÄNDERAT

Mittwoch 2. Dezember 2015, 08:15-11:45

Geschäft des Bundesrates: «Amtshilfe in Steuersachen. Übereinkommen des Europarates und der OECD.» (15.047).

Stand der Beratungen: behandelt vom Nationalrat.

Hier sehen Sie die Botschaft vom 5. Juni 2015 zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen und zu seiner Umsetzung (Änderung des Steueramtshilfegesetzes).

Geschäft des Bundesrates: «Internationaler automatischer Informationsaustausch im Steuerbereich. Bundesgesetz » (15.046).

Stand der Beratungen: behandelt vom Nationalrat.

Hier sehen Sie die Botschaft vom 5. Juni 2015 zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und zu ihrer Umsetzung (Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen).

Motion Graber: «Steuerverhandlungen mit dem Ausland. Die Abgeltungssteuer auf Erträgen aus in der Schweiz angelegtem ausländischem Kapital ist zu priorisieren» (10.3074).

Stand der Beratungen: Motion an 2. Rat.

Eingereichter Text: «So, wie sich die internationalen Beziehungen zurzeit entwickeln, wird die Schweiz bald neue internationale Steuerverhandlungen aufnehmen müssen, und zwar namentlich mit den EU-Ländern und den USA. In diesem Rahmen wird der Bundesrat beauftragt, der möglichst breit angelegten Einführung einer Abgeltungssteuer auf Erträgen aus in der Schweiz angelegtem ausländischem Kapital klar den Vorzug zu geben.»

Montag, 7. Dezember 2015, 14:30-21:45

Geschäft des Bundesrates: «40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz. Erfahrungen und Perspektiven. Bericht des Bundesrates (Po. Stöckli 13.4187)»

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Hier sehen Sie den Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 13.4187 vom 12. Dezember 2013.

Interpellation Minder: «Permanenter EU-Verteilschlüssel der Flüchtlinge. Reaktion der Schweiz und Vereinbarkeit mit der Masseneinwanderungs-Initiative» (15.3915).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: «Vor einigen Tagen liess die EU-Kommission verlauten, dass auch die assoziierten Dublin-Staaten Schweiz, Island, Norwegen und Liechtenstein ohne Ausnahmen das Dublin-Recht und seine Weiterentwicklung akzeptieren müssen. Dies betrifft etwa den neuen permanenten Verteilschlüssel der EU-Asylbewerber. (...)»

Den ganzen Text hier lesen.

Donnerstag, 10. Dezember 2015, 08:00-13:00

Geschäft des Bundesrates: «Forschungsinfrastrukturanlage European XFEL. Fortsetzung der Beteiligung» (15.045).

Stand der Beratungen: behandelt vom Nationalrat.

Hier sehen Sie die Botschaft vom 27. Mai 2015 zur Fortsetzung der Beteiligung der Schweiz an der internationalen Forschungsinfrastrukturanlage European XFEL.

Montag, 14. Dezember 2015, 14:30 - open end

Geschäft des Bundesrates: «Amtshilfe in Steuersachen. Übereinkommen des Europarates und der OECD. Genehmigung» (15.047).

Stand der Beratungen: behandelt vom Nationalrat.

Hier sehen Sie die Botschaft vom 5. Juni 2015 zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen und zu seiner Umsetzung (Änderung des Steueramtshilfegesetzes).

Geschäft des Bundesrates: «Internationaler automatischer Informationsaustausch im Steuerbereich. Bundesgesetz» (15.046).

Stand der Beratungen: behandelt vom Nationalrat.

Hier sehen Sie die Botschaft vom 5. Juni 2015 zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und zu ihrer Umsetzung (Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen).

Geschäft des Bundesrates: «Unternehmenssteuerreformgesetz III» (15.049).

Stand der Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

Hier sehen Sie die Botschaft vom 5. Juni 2015 zum Unternehmenssteuerreformgesetz III.

Dienstag 15. Dezember 2015, 08:15-13:00

Motion Lustenberger: «Für eine stärkere Berücksichtigung der nationalen Rechtsordnungen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte» (15.3335).

Stand der Beratungen: Motion an 2. Rat.

Eingereichter Text: «Der Bundesrat wird beauftragt, sich auf allen relevanten Ebenen, insbesondere beim Europarat, vermehrt für die Einhaltung und Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips und die Berücksichtigung der nationalen Rechtsordnungen bei der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) einzusetzen.»

Mittwoch, 16. Dezember 2015, 08:00-13:00

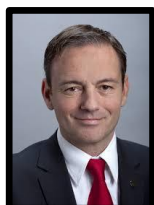
Standesinitiative (BS): «Aufstockung des Grenzwachtkorps» (15.311).

Stand der Beratungen: im Rat noch nicht behandelt.

Eingereichter Text: «Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung reicht der Kanton Basel-Stadt folgende Standesinitiative ein:

Die Bundesbehörden werden ersucht, das Grenzwachtkorps an allen Standorten personell so auszustatten, dass es seine Aufgaben nach Massgabe der jeweils bestehenden Sicherheitssituation in guter Qualität und entsprechend den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung wahrnehmen kann.»

Kontakt und Informationen



Martin Naef
Co-Präsident der Nebs
martin.naef@europa.ch



François Cherix
Co-Präsident der Nebs
francois.cherix@europa.ch



Lukas Schürch
Generalsekretär der Nebs
Tel. 031 302 35 36
lukas.schuerch@europa.ch



Caroline Iberg
Stv. Generalsekretärin der Nebs
Tel. 031 302 35 36
caroline.iberg@europa.ch

Neue Europäische Bewegung Schweiz

Scheibenstrasse 29, Postfach 481
3000 Bern 22

Tel. 031 302 35 36

www.europa.ch

